

# Dr. Dietrich von Kyaw

## Botschafter a.D

Vortrag gehalten aus Anlass der Verleihung des Mérite Européen in Gold  
am 25. Juni 2014 in Berlin



1.) Auf meinen Wunsch treffen wir uns heute im „Europäischen Haus“ in Berlin, in der Vertretung der EU-Kommission nahe dem Brandenburger Tor. Manche werden sich erinnern, dass in diesem Raum Jean Claude Juncker mein Buch vorstellte, welches unter dem Titel: „Auf der Suche nach Deutschland“ inzwischen in 2. Auflage im Berliner Wissenschaftsverlag erschienen ist.

In dem Buch beschreibe ich unter anderem meinen Respekt vor der Qualität britischer Diplomatie, aber zugleich meine negativen Erfahrungen mit der britischen Europapolitik, auch wie 1996 beim Gipfel auf Korfu John Major den belgischen Europäer Dehaene als Kommissionspräsidenten ablehnte. Jetzt versucht PM Cameron ein ähnliches Spiel mit Juncker. Seit Maggie Thatcher bremst britische Innenpolitik konsequent die Integration und verlangt überhöhte Preise für die Vollmitgliedschaft. Wer hier weiter nachgibt, dem ist nicht mehr zu helfen!

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament ist es Extremisten gelungen, unter Nutzung von Ignoranz, Vorurteilen und Ängsten, von Nabelschau und Renationalisierungsillusionen den alten Vorurteilen über Brüsseler Bürokratie, Intransparenz und Regulierungswut neue hinzuzufügen, etwa dass der Süden durch den Sparkurs des Nordens ausgeblutet werde oder umgekehrt.

Diese Vorurteile dienen dazu, von eigenen Schwächen abzulenken. Haben Sie z.B. je etwas über deutsche „Regulierungswut“ gehört? Die gibt es nämlich auch! Hier eine Kostprobe aus der FAZ von vorgestern, dem 23. 06. 2014:

„In Niedersachsen fördert die Landesregierung fortan Bauern, wenn diese ihren Schweinen die Schwänze NICHT abschneiden und wenn diese bei der Schlachtung unversehrt sind. Je unversehrtem Ringelschwanz ist eine Prämie von 16 bis 18 Euro aus EU-Mitteln vorgesehen, über deren Verwendung die Länder entscheiden dürfen. ....Gesunde Ringelschwänze seien Indikator dafür, dass sich Schweine wohl fühlen. ..“!

Meine Damen und Herren,

Nach der Europawahl haben die pro-europäischen Parteien im EP sowie Kommission und Rat die EU auf Kurs zu halten. Das wird nicht leicht werden, auch wegen Frankreichs Schwächeln, zumal Europas Einheit vom Verfahren her bei der obersten nationaler Interessenvertretung, dem Europäischen Rat der Staats- u. Regierungschefs keineswegs optimal aufgehoben ist. Dieses Organ entscheidet wie einst der Wiener Kongress in Sachfragen einstimmig. Die angebliche „deutsche Dominanz“ in der EU hat mit Deutschlands Wirtschaftsstärke, mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und Reformbereitschaft wichtiger Partner zu tun, liegt jedoch auch am zwischenstaatlich funktionierenden ER. Dabei setzt sich oft der Stärkere durch. Das dürfte selbst nach der trotz mancher Fortschritte noch nicht überstandenen Finanzkrise so bleiben.

Die Sachentscheidungen des ER, die über seine vertraglich festgelegte politische Richtlinienkompetenz oft hinausgehen, beeinträchtigen die supranationale Komponente des Einigungswerkes, die Integration wie die Interessen kleinerer MS. Das intergouvernementale Europa kontaminiert das integrierte Europa! Das fördert Ineffizienz und ist letztlich auch nicht für Deutschland bekömmlich. Helmut Kohl ahnte

es. Bei Übernahme meiner Arbeit als St. Vertreter bei der EU wies er mich an: "Herr Botschafter, kümmern sie sich um die Kleinen!"

Da es wenig Aussicht gibt, im ER das Mehrheitsprinzip einzuführen, geht mein Rat heute in eine Richtung, die keine Vertrags-änderung benötigt: Weniger Gipfeltreffen und mehr Gemeinschaftsmethode, also Sachentscheidungen durch die Ministerräte auf Vorschlag der Kommission und zwar mit der vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheit und bei demokratischer Kontrolle durch das EP. Stattdessen besteht der Eindruck, dass nationale Politik die Kommission als technokratischen Diener und das EP als eher zweitrangige aber dennoch störende Konkurrenz versteht. Eine zu stark von nationaler Souveränität bestimmte Union ist jedoch weder hinreichend vereinigt noch demokratisch legitimiert und bürgernah! Daher auch die Bedeutung einer Wahl Junckers!

Die Einbindung der Bundesrepublik in westliche Strukturen war der Preis für unseren Wiederaufstieg, aber zugleich auch die Konsequenz aus einer Lehre der deutschen Geschichte! Mit unserer Mittellage im Zentrum Europas sind wir nie fertig geworden und haben mit ihr weiter Probleme. Unbestraft kann es deswegen keine deutschen Alleingänge oder „Sonderwege“, keine „Äquidistanz“ zu USA und Russland, keine Flucht in eine „große Schweiz geben!

Mit der Wiedervereinigung wurde die „deutsche Frage“ wieder aktuell. Hinter der Europäisierung von DM und Bundesbank stand für Mitterand das Ziel einer Einhegung und Einbindung des größer gewordenen Deutschlands. Das störte uns damals eher nur innenpolitisch, da wir schon seit Jahren auch aus nationalem Interesse die Währungsunion betrieben. Als Jahre später Helmut Kohl bei der Eröffnung der Verhandlungen über die EU-Osterweiterung wohl auch mit Rücksicht auf Jelzins Russland zunächst nur mit Polen, Tschechien und Ungarn beginnen wollte, erinnerten mich zwei führende baltische Politiker in Brüssel empört an den Ribbentrop-Molotow-Pakt. Heute wird wegen der Finanzkrise die deutsche Vergangenheit wieder instrumentalisiert. Auch die Ukraine Krise hat zu gewissen Besorgnissen geführt. Dagegen ist für viele meiner Landsleute Deutschland eine gefestigte Demokratie, die Frieden und Wohlstand in Europa partnerschaftlich fördert. Mancher dieser Partner

sieht das allerdings etwas differenzierter. Wir sollten uns stets bemühen, uns soweit nur möglich in die Interessenslagen unserer Partner zu versetzen!

Die großen Herausforderungen, vor denen EU und NATO heute stehen, verlangen Deutschland bei Augenmass und Sensibilität vor allem die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung ab. Putins Verhalten bedeutet die Rückkehr der Geopolitik, des Denkens in Einflusszonen, des klassischen Konzepts vom Gleichgewicht zwischen den Mächten, der „balance of power“. Das erfordert notfalls Abschreckung durch Wirtschaftssanktionen und militärische Kapazitäten einschließlich einer verlässlichen Bündnispolitik. Realpolitik tritt an die Stelle von Wunschenken! Nur so können dem Annexion, Völkerrechtsbruch, Destabilisierung, Erpressung und Täuschung betreibenden Machtpolitiker und Taktiker Putin die Grenzen aufgezeigt und mit ihm akzeptable Kompromisse vereinbart werden!

Die Finanzkrise, die Globalisierung, die Methoden Putins sowie bedrohliche Entwicklungen an ihrer Peripherie verlangen der EU Einigkeit und Solidarität ab. Der deutsche Traum von einer „zivilen Macht“, die eine „Kultur der Zurückhaltung“ pflegt, stößt an ihre Grenzen, ähnlich der Hinwendung der USA zum Pazifik. Wer von Putin bei der Krim ausgetrickst wird und im Nahen und Mittleren Osten vor allem zuschaut, der kann auch Peking nicht beeindrucken! Das zeigt das Vorgehen Chinas im sog. chinesischen Meer wie sein Bündnis mit Russland als Beleg sich verändernder globaler Machtstrukturen!

So bleiben die USA gerade für uns Europäer die „unverzichtbare Nation“. Unserer auf gemeinsamen Interessen und Werten beruhender Allianz erwachsen daraus neue Impulse. Daher berühren etwa die Verhandlungen um T/TIP, um das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen, nicht nur Verbraucher- und Datenschutzinteressen oder die Frage der Schlichtung von Streitigkeiten. Dieses bei uns weniger von Protektionismus als von Hysterie (siehe die „Chlorhühnchen“) und Antiamerikanismus bedrohte Projekt hat zugleich eine sehr strategische Dimension: T/TIP würde nicht nur den Marktzugang wechselseitig erleichtern, die beiden führenden westlichen Wirtschafts- und Finanzmärkte ökonomisch stärken und noch enger verflechten. Es würde ihnen auch die Möglichkeit bieten, gegenüber den Schwellenländern Einfluss auf die Gestaltung der Handelsregeln und Standards zu

bewahren, die Konzessionsbereitschaft dieser Länder in der Welthandelsorganisation WTO zu fördern und die Abhängigkeit des Westens von Chinas und Russlands Märkten zu verringern.

Die EU muss sich den neuen Herausforderungen stellen. Dazu benötigt sie anstelle theoretischer Diskurse über „mehr“ oder „weniger“ oder gar ein „besseres“ Europa mit möglichst viel Subsidiarität vielmehr eine „effizientere“ EU, also einen Energie-Binnenmarkt mit hinreichender Infrastruktur und diversifizierten Bezugsquellen, entscheidungsfähige EU-Organen, eine für Krisen gewappnete EURO-Zone mit einer echten Koordinierung nationaler Wirtschafts- und Haushaltspolitiken, keine Pause sondern mehr Passgenauigkeit bei Beitrittsverhandlungen und der Nachbarschaftspolitik, eine effizientere GASP, mit der die EU ihr ganzes Gewicht einzubringen vermag sowie eine umfassende Strategie zur Verringerung illegaler Einwanderung durch Förderung von Stabilität und Arbeit in den Herkunftsländern.

Nötig ist zugleich eine Stärkung der NATO wie ihres europäischen Pfeilers. Das schließt eine Erhöhung der Ausgaben für moderne militärische Ausrüstung ein. Wir können uns nicht mehr nur auf die USA verlassen, uns hinter ihr verstecken! Frieden und Stabilität in Europa stehen auf dem Spiel! Selbsttäuschung mittels Pazifismus, Neutralismus, Antiamerikanismus, Russlandromantik und Putinversteherei hilft nicht weiter!

2.) Als Europäer benötigen wir einen festen Kompass und langen Atem! Es gibt für die EU bei 28 souveränen MS keine Patentlösungen sondern nur die Interessen der Partner berücksichtigende Kompromisse. Als ich 1996 dem BM Finanzen Theo Waigel bei schwierigen Verhandlungen in unmittelbarer Vorbereitung des Gipfels von Dublin um drei Uhr morgens bei der Bestimmung eines Kriteriums für den Stabilitäts-pakt zu etwas mehr Entgegenkommen riet, antwortete dieser: „Herr Botschafter, bei den Finanzministern wird seriös verhandelt. Wir sind hier nicht bei den Außen-ministern!“

Am folgenden Tag hatte dann Jean- Claude Juncker im Auftrag der Chefs und auch Kohls den Kompromiss auszuhandeln, um den Gipfel zu retten! Nach dem Beispiel BK Schröder, der 2003 den Stabilitätspakt mit französischer und italienischer Unterstützung „flexibilisierte“ und damit der Laxheit Tor und Tür öffnete, fordern heute

Paris und Rom mit Unterstützung der europäischen Sozialisten eine „leicht modifizierte“ Anwendung der Kriterien. Wirtschaftswachstum auf Pump soll Vorrang vor Strukturreformen, die der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit dienen, erhalten. Das mag sozial verständlich sein, ist jedoch nicht ohne Risiken, auch angesichts wachsender Staatsverschuldung und des billigen Geldes, welches die EZB in die Wirtschaft schleust.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns bei allen Unzulänglichkeiten vor Augen halten, dass in unserer interdependenten Welt mit ihren neuen Machtzentren und dem für Europa negativen demographischen Trend der auf sich allein gestellte Nationalstaat seine Problemlösungsfähigkeit immer mehr verliert. Wir haben daher unsere Souveränität mit den Partnern unter dem Dach der EU so effektiv wie nur möglich übernational zu verknüpfen und solidarisch zu teilen! Alles andere führt in die kollektive Abdankung! Es geht um die Bewahrung des Friedens und um die Selbstbehauptung Europas!

Meine Damen und Herren,

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! Es gibt bei einer solchen Feier keine Diskussionsrunde. Sie können das kompensieren, indem Sie sich an meinem langjährigen Minister, Mentor und Schicksal ausrichten, an Hans-Dietrich Genscher. Als der während meiner Lehrzeit im AA einmal mit mir so richtig unzufrieden war und ich mich gegen seine Kritik auch noch wehrte, stellte er zornig fest: „Auf ihre Meinung gebe ich keine müde Mark“!